

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

Dezember 2014

hauptstadt magazin

Wachsende Gewalt gegen öffentlich Bedienstete:
**Sicherheitskonzept endlich
umsetzen!**



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



Ausufernde Gewalt gegen öffentlich Bedienstete

dbb berlin fordert mehr Schutz für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Der dbb berlin beobachtet die wachsende Zahl der gewalttätigen Übergriffe auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes mit großer Sorge und erwartet vom Berliner Senat die schnelle Umsetzung seines bereits vom Landesgewerkschaftstag 2013 beschlossenen Sicherheitskonzepts, das den Abgeordneten des Abgeordnetenhauses, dem Senat und den Dienststellenleitern seit über einem Jahr vorliegt.

Die Forderungen des dbb berlin (siehe Seite 4) haben durch zahlreiche Gewaltexzesse in jüngster Vergangenheit erschreckenderweise höchste Priorität und Eilbedürftigkeit angenommen. Erst im Oktober wurde in Rendsburg ein Finanzbeamter in seinem Dienstzimmer erschossen.

Aggression wächst

Eine Umfrage des dbb Bund bei seinen Mitgliedsgegewerkschaften und Landesbünden belegt ausufernde Gewalt, unter anderem auch in Verwaltungsbereichen, in denen es um Hartz IV oder andere Zweige der Sozialversicherung geht. Bei der Polizei gehören solche Erfahrungen schon länger zum traurigen Alltag. Nach Angaben von dbb Chef Klaus Dauderstädt ist eine Mentalität entstanden, die hohes Anspruchsdenken und Aggressivität bei Verweigerungen in sich trägt. Die Erhebung zeige auch, dass die Gewaltbereitschaft quer durch die Milieus gestiegen sei. Der Staat werde als Institution, der man Respekt entgegenbringe, nicht mehr wahrgenommen, sondern entwickle sich für immer mehr Gesellschaftsschichten zum Gegner.

Bald roter Notfallknopf?

Dauderstädt fordert angesichts der aktuellen Entwicklung umfassende und nachhaltige Schutzmaßnahmen für die Beschäftigten. Konkret nannte er Deeskalationsschulungen, gegebenenfalls auch Umbaumaßnahmen an öffentlichen Gebäuden sowie Metalldetektoren an deren Eingang. Auch der rote Notfallknopf am Schreibtisch, wie man ihn aus Banken und von Juwelieren kennt, sollte vielleicht bald zur Ausstattung von Behördenmitarbeitern gehören.

In den wenigsten Verwaltungen, so hatte auch der dbb berlin festgestellt, findet man Beschäftigte, die über sicherheitsspezifische Kompetenz hinsichtlich der Eigenschutzmaßnahmen von Mitarbeitern bei Bedrohungen, Angriffen und sonstigen Konfliktsituationen verfügen. Auch Konzepte zu Handlungsoptio-



nen in kritischen Situationen oder zur Arbeitsplatzgestaltung unter Eigensicherungsaspekten beziehungsweise der Gebäudesicherung fehlten weitgehend.

dbb Landesvorsitzender Frank Becker: „Das Land muss endlich reagieren und seine Beschäftigten besser schützen.“

Das Sicherheitskonzept des dbb berlin kann auch auf www.dbb.berlin als Flyer heruntergeladen werden. ■



Matthias Hennig

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Gewalt in Deutschland nimmt in erschreckendem Maße zu – und hat leider längst auch den öffentlichen Dienst erreicht: Immer häufiger alarmieren Meldungen, dass unsere Kolleginnen und Kollegen bei der Ausübung ihres Dienstes Zielscheibe gewalttätiger Exzesse werden. Ganz besonders betroffen sind alle, die an vorderster Front den Kopf für die Sicherheit der Bürger und die staatliche Ordnung halten: die Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und die Ordnungsämter. Für diese Berufsgruppen hat die Landeskommission gegen Gewalt jetzt mit einem Videowettbewerb Respekt eingefordert. Natürlich wissen auch unsere zuständigen Fachgewerkschaften ein trauriges Lied von ausufernden verbalen und tätlichen Übergriffen gegen ihre Mitglieder zu singen.

Längst sind nicht nur Einsatzkräfte betroffen: Attacken gegen Lehrkräfte sind an Berliner Schulen keine Einzelfälle mehr, in Arbeitsagenturen, Finanz- und Sozialämtern kommt es zu Handgreiflichkeiten, inzwischen sogar mit Todesfolge, von den Gefahren, denen unsere Vollzugsbediensteten tagtäglich in den Gefängnissen ausgesetzt sind, ganz zu schweigen.

Der Staat muss endlich reagieren und seine Beschäftigten besser schützen. Stellenabbau gefährdet die Beschäftigten nicht nur, weil ihm Konzepte zur Stärkung der Sicherheitskompetenz, wie sie schon der Landesgewerkschaftstag 2013 des dbb berlin gefordert hat, zum Opfer fallen, sondern auch weil die

Kürzung öffentlicher Dienstleistungen Frust und Wut auslöst, die ungebremst bei den Beschäftigten abgeladen werden. Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt ist deshalb ebenfalls mit einem weitgehenden Forderungskatalog zum Schutz der Staatsbediensteten an die Öffentlichkeit getreten. Wie Recht er damit hat, unterstreicht die Bilanz, die Bernhard Lange (Bezirksamt Treptow) zu Gewalt in den Bezirken zieht.

Zum Thema „Gewalt gegen den öffentlichen Dienst und öffentliche Einrichtungen“ gehört durchaus auch ein Blick auf extreme politische Lager. Hier liefert der verfassungsschutzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Tom Schreiber, einen interessanten Beitrag.

Auch wenn diese Ausgabe des hauptstadt magazins in erster Linie dem Thema „Gewalt“ gewidmet ist, wünsche ich Ihnen ein besonders friedvolles Weihnachtsfest und für das Jahr 2015 alles Gute!

Ihr

Frank Becker
Landesvorsitzender dbb berlin

dbb berlin fordert:

Sicherheitskompetenz des öffentlichen Dienstes stärken



1. Der dbb berlin unterstützt Leitlinien und Maßnahmen, die zu einer Förderung der Sicherheitskompetenz der Mitarbeiter in den Hauptverwaltungen, den Bezirken, den Sonderbehörden, den nicht rechtsfähigen Anstalten, den Eigenbetrieben, den Eigengesellschaften, den Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts und den gemischtwirtschaftlichen Unternehmen, an denen das Land Berlin überwiegend beteiligt ist, beitragen.
2. Der dbb berlin unterstützt Personal- und Fortbildungskonzepte, die gute Konfliktlösungskompetenz und qualitative Eigensicherungsmaßnahmen fördern.
3. Der dbb berlin spricht sich für bedarfsgerechte, sicherheitsspezifische Fortbildungsmaßnahmen aus, die allen Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes regelmäßig offenstehen müssen.
4. In Führungspositionen auf Landesebene und in den Bezirken, insbesondere der mittleren Führungsebene, aber auch auf nachgeordneten Funktionen speziell in vollzugsnahen Bereichen, ist die Sicherheitskompetenz zu niedrig. Der dbb berlin setzt sich dafür ein, dass Grundkenntnisse für Führungsaufgaben als Pflichtvoraussetzung besonders zu gewichten sind.
5. Die bislang im öffentlichen Auftrag an private Sicherheitsunternehmen vergebenen Dienstleistungen dürfen zukünftig nicht nur unter Kostenaspekten betrachtet und ausgeschrieben werden, sondern müssen auch besonderen Anforderungen hinsichtlich der Qualität der Leistung, der Tariftreue, der Qualifikation der Unternehmen und des eingesetzten Personals genügen. Nach fester Überzeugung des dbb berlin darf der Staat als Auftraggeber weder direkt noch indirekt prekäre Arbeitsverhältnisse oder Leiharbeit fördern.
6. Um die Sicherheitskompetenz effektiv zu stärken, sollte früh und allgemein, also bereits in der beruflichen Ausbildung, angesetzt werden. Nach Dafürhalten des dbb berlin soll die Sicherheitskompetenz in Verwaltung und Politik stärker thematisiert werden. Entsprechende Fort- und Ausbildungskonzepte sind erforderlich, qualifizierende Studiengänge an der HWR und der VAK sind vorzusehen. In Verwaltungsbereichen, die thematisch mit Sicherheitsaufgaben befasst sind, sollen zukünftig nur noch Beamte mit einschlägiger Ausbildung eingesetzt werden.
7. Die personalverantwortlichen Stellen müssen sich nach Auffassung des dbb berlin durch angemessene Ausstattung in den Stellenplänen um die Gewinnung geeigneter und qualifizierter Mitarbeiter kümmern. Einschlägige vorhandene oder erworbene Erfahrung muss bei entsprechender Verwendung laufbahnförderlich wirken. Auf bereits im öffentlichen Dienst vorhandenes ausgebildetes Personal, das gegebenenfalls wegen gesundheitlicher Einschränkungen nicht mehr vollzugsdiensttauglich ist, sollte zurückgegriffen werden.
8. Der dbb berlin befürwortet außerdem die Entwicklung von Konzepten für bauliche und technische Maßnahmen an Gebäuden und Arbeitsplätzen zur vereinfachten Orientierung in Krisensituationen und zur Erhöhung der Sicherheit zum Schutz vor Kriminalität.

Berliner Bezirksämter

gkl berlin: „Es ist schon fünf nach zwölf!“

Tätliche und verbale Übergriffe sind für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Berliner Bezirksämtern, speziell in der Ordnungs-, Eingriffs-, Jugend-, Sozial- und Gesundheitsverwaltung, schon fast an der Tagesordnung. Die politisch Verantwortlichen sind überzeugende Antworten auf diese neue gesellschaftliche Herausforderung bislang schuldig geblieben. Bis auf wenige Ausnahmen fehlen klare Konzepte zum Notfallmanagement und zur Gewaltprävention – von den finanziellen und personellen Mitteln ganz zu schweigen. Der stellvertretende Landesvorsitzende der gkl berlin, Bernhard Lange, schlägt Alarm: „Es ist fünf nach zwölf! Unsere Kolleginnen und Kollegen in den Bezirken fühlen sich alleingelassen und haben vielfach innerlich gekündigt. Wenn sich der Senat und die Landespolitik jetzt nicht bewegen und die Bezirke mit ausreichenden Personal- und Sachmitteln jenseits von Sparüberlegungen ausstatten, ist auch das beste Notfallmanagement bald nur noch Makulatur!“

Die gkl berlin macht neben der allgemein gestiegenen Gewaltbereitschaft gegenüber staatlichen Einrichtungen vor allem den schon über zehn Jahre betriebenen, permanenten Personalabbau in allen Bereichen der Berliner Bezirksverwaltungen für die bedrohliche Situation verantwortlich. Denn die Folgen von Arbeitsüberlastung, Dauererkrankungen infolge psychischer Belastungen, Burn-out-Syndrom, Überalterung der Belegschaft und fehlendem qualifizierten Nachwuchs sind fatal. Zwangsläufig entstehen Qualitätseinbußen und lange Warte- beziehungsweise Bearbeitungszeiten. Bei den betroffenen Bürgern wiederum stauen sich deshalb Aggressionen auf, die sich immer häufiger in Verbalattacken, Sachbeschädigungen und tätlichen Angriffen in den Ämtern entladen.

Aus Zeitmangel fehlen Mitarbeitern und Vorgesetzten die notwendigen Fortbildungen, um ihrerseits die Risiken und Bedrohungen rechtzeitig zu erkennen beziehungsweise aggressivem Verhalten deeskalierend zu begegnen.

Aggressionen durch lange Warte- und Bearbeitungszeiten

Ständig der Gefahr gewalttätiger Auseinandersetzungen ausgesetzt sind alle Ämter und Behörden, bei denen es aufgrund des eklatanten Personalmangels zu langen Wartezeiten und einer nur sehr knappen Beratungsdauer kommt. Betroffen sind etwa die Bürgerämter, speziell bei Melde-, Pass- und Ausweisangelegenheiten, Jugend-, Sozial- und Gesundheitsämter, die es zusätzlich noch mit einer teilweise sehr schwierigen Klientel zu tun haben, und natürlich die Ordnungsämter, deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Außendienst unbeliebte Kontrollen durch-

führen müssen. Aber auch Umwelt- und Naturschutzämter, Bezirkskassen, Baubehörden, die Straßen- und Grünflächenverwaltung und andere Ämter und Behörden beklagen feindseliges Verhalten ihrer Klienten.

gkl Forderungskatalog

Zur Deeskalation und vor allem zum Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat die gkl berlin einen konkreten Forderungskatalog aufgestellt und bei den politisch Verantwortlichen auf seine schnelle Umsetzung gedrängt. Konkret verlangt die gkl berlin:

- > die Einrichtung eines wirksamen Notfallmanagements im Zusammenhang mit physischer und psychischer Gewalt an Beschäftigten, der sie in Ausübung des Dienstes und dienstlicher Aufgaben ausgesetzt sind (Umsetzung durch Dienstvereinbarungen, Dienstanweisungen, Handlungsleitlinien);
- > die Umsetzung baulicher, arbeitsorganisatorischer und personenbezogener Maßnahmen zum Gesundheitsschutz von Beschäftigten im Rahmen von Gefährdungsbeurteilungen;
- > die Erarbeitung und Umsetzung weiterer präventiver Maßnahmen zum Kommunikations- und Deeskalationstraining, Schulungen zum Umgang mit schwierigem Klientel und mit Aggressionen, Ausweitung gruppenbezogener Supervisionsangebote;
- > die Qualifizierung von Vorgesetzten und Führungskräften zur Gewaltprävention und Früherkennung potenzieller Gefahren sowie zum Notfallmanagement;

- > die Aus- und Fortbildung psychologischer Erstbetreuer;
- > die Organisation der Nachbetreuung und Fürsorge von Opfern nach Gewaltvorfällen.

Finanzielle und personelle Rahmenbedingungen verbessern

Darüber hinaus wird der Berliner Senat aufgefordert, die finanziellen und personellen Rahmenbedingun-

gen für ein wirksames Notfallmanagement in den Bezirksämtern zu schaffen. „Mehr und ausreichend qualifiziertes Personal, die dauerhafte Übernahme von Auszubildenden, die Wiedereinführung der Beamtenausbildung im Verwaltungsdienst sowie die Bereitstellung ausreichender Sachmittel – das sind Faktoren, die die Qualität der Dienstleistungen der Bezirksämter wieder deutlich verbessern, die Kundenzufriedenheit steigern und die Motivation der Beschäftigten wiederherstellen werden“, zeigt sich der stellvertretende gkl Landesvorsitzende Bernhard Lange überzeugt. ■

Ansprechpartner der Polizei Berlin für gleichgeschlechtliche Lebensweise informieren:

Hassgewalt und Homophobie im Berliner Alltag

Eine Trans-Frau wird in einem Lokal mit den Worten „Du bist nicht wert es Leben – das ist abartig“ beleidigt. Ein Mann wird an einer Bushaltestelle gefragt, ob er schwul sei – als er dies bejaht, wird er bis zur Bewusstlosigkeit gewürgt. Ein Mann wird auf einem U-Bahnhof unvermittelt ins Gesicht geschlagen, der Täter kommentiert dies mit „weil du ein Homo bist“.

Straftaten, bei denen Menschen aufgrund eines persönlichen Merkmals wie Herkunft, Hautfarbe, Religion oder eben auch sexuelle Orientierung angegriffen werden, bezeichnet man bei der Polizei in Anlehnung an den in den USA geprägten Begriff „Hate Crime“ als Hasskriminalität oder vorurteils-motivierte Kriminalität. Den Tätern geht es bei diesen Delikten nicht nur darum, das konkrete Opfer herabzuwürdigen und zu verletzen, sondern sie senden damit eine Botschaft der Ablehnung und Ausgrenzung an die gesamte Bevölkerungsgruppe. Eine Botschaft, die meist auch bei den Betroffenen so ankommt und deren gesellschaftliche Teilhabe infrage stellt.

Auch wenn sich das gesellschaftliche Klima gegenüber LSBTI¹ in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten verbessert hat, zählte die Polizei Berlin letztes Jahr 128 Straftaten, bei denen die sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität der Opfer tausalösend waren. Die Dunkelziffer ist ungleich höher – eine Studie der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte kam 2012 zu dem Ergebnis, dass in Deutschland 82 Prozent der Gewaltstraftaten gegen LSBT nicht bei der Polizei angezeigt werden.²

Die geringe Anzeigebereitschaft dürfte nicht zuletzt in der bis 1994 bestehenden Kriminalisierung männlicher Homosexualität durch den § 175 Strafgesetzbuch und dem daraus resultierenden Misstrauen gegenüber der Polizei begründet sein.

Mit den Ansprechpartnern für gleichgeschlechtliche Lebensweisen hat die Polizei Berlin zwei Mitarbeitende, die für alle Fragen von LSBTI mit Bezug zu Polizei und Kriminalität zur Verfügung stehen – intern wie extern. Ihre Aufgaben umfassen Fortbildungen, Unterstützung bei Ermittlungen und Polizeieinsätzen, Begleitung von Beschwerdeverfahren, Konzeption und Durchführung von kriminalpräventiven Maßnahmen, Beratung sowie die Netzwerk- und Pressearbeit.

Ziel ist es, auch in Zusammenarbeit mit der Ansprechpartnerin der Staatsanwaltschaft Berlin für gleichgeschlechtliche Lebensweisen sowie zivilgesellschaftlicher Projekte wie zum Beispiel dem schwulen Anti-Gewalt-Projekt MANEO das Vertrauen von LSBTI in die Arbeit der Sicherheitsbehörden zu stärken, damit das Anzeigeverhalten zu verbessern und das Dunkelfeld zu erhellen.

Die Ansprechpartner der Polizei Berlin für gleichgeschlechtliche Lebensweisen sind unter der Rufnummer 030.4664979444 und der E-Mail-Adresse LSBT@polizei.berlin.de zu erreichen. ■

1. Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen
2. Quelle: <http://fra.europa.eu/en/survey/2012/eu-lgbt-survey>



Staatsanwaltschaft – Ansprechpartnerin für gleichgeschlechtliche Lebensweisen

Neues aus Moabit

Seit 2012 ist die Staatsanwaltschaft Berlin Ansprechpartnerin für gleichgeschlechtliche Lebensweisen. In dieser Funktion steht sie denjenigen Menschen zur Seite, die Opfer oder Zeugen homophober Straftaten geworden sind. Sie folgt damit dem Vorbild der Berliner Polizei, die hierfür bereits vor 22 Jahren eine eigenständige Stelle eingerichtet hat.

Die Begriffe „gleichgeschlechtliche Lebensweisen“ und „homophobe Straftaten“ beziehen sich freilich nicht bloß auf Delikte gegen Lesben und Schwule – auch wenn schwulenfeindliche Straftaten in Berlin zahlenmäßig den Schwerpunkt ausmachen. Vielmehr ist unter dieser vereinfachenden Sammelbezeichnung jede Form von vorurteilsmotivierter Kriminalität zu verstehen, die sich gegen Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität oder Orientierung richtet, also insbesondere aufgrund ihrer Homo-, Bi-, Trans- und Intersexualität, aber auch wegen jeder anderen queeren oder sonstigen nicht heteronormativen Lebensweise. Innerhalb dieser Communities ist die Bereitschaft, Straftaten anzuzeigen, erwiesenermaßen signifikant geringer als außerhalb. Die Gründe hierfür sind vielfältig, meist spielen Angst und Scham eine Rolle, oft bestehen aufgrund der Geschichte der Verfolgung homosexueller Männer oder der gegenwärtigen Strukturen und weiteren Aufgaben der Strafverfolgungsbehörden auch Vorbehalte. Rechtsfreie Räume und daraus folgende Gefahren für Bewohner oder Gäste dieser Stadt sind aber nicht akzeptabel. Um diesen Besonderheiten deshalb Rechnung zu tragen und eine Grundlage für eine Kooperation der Community mit den Strafverfolgungsbehörden zu schaffen, wurde – maßgeblich durch den beherzten Einsatz von Justizsenator Heilmann und Staatssekretär Straßmeir – die Stelle des/der Ansprechpartners/-in, derzeit wahrgenommen durch Oberstaatsanwältin Ines Karl und deren Vertreter Staatsanwalt Markus Oswald, geschaffen.

Im Wesentlichen engagiert sich die Staatsanwaltschaft Berlin in drei Bereichen

Erstens werden in enger Zusammenarbeit mit der Polizei alle zugeordneten Fälle homophober Straftaten ausschließlich von den Staatsanwältinnen und Staatsanwälten der Abteilung 284 bearbeitet, und zwar spezialisiert, konzentriert und opferorientiert. Das Spektrum reicht dabei von der Anzeigenaufnahme über den Abschluss des Ermittlungsverfahrens durch Beantragung eines Strafbefehls oder Anklageerhebung bis hin zur Teilnahme als Sitzungsvertreterin an der Hauptverhandlung. Währenddessen wer-

den die Opfer sowohl über jeden wesentlichen Verfahrensschritt als auch über den Ausgang des Verfahrens zeitnah informiert und können sich jederzeit mit Fragen an ihre Ansprechpartner wenden.

Zweitens ist die Abteilung 284 auch über die bloße Strafverfolgung hinaus Ansprechpartnerin innerhalb und außerhalb der Behörde. Dafür wurden die zentrale E-Mail-Adresse lsbt@sta.berlin.de und die zentrale Telefonnummer 030.9014-2697 eingerichtet. Staatsanwalt Markus Oswald ist unter der Telefonnummer 030.9014-5889 erreichbar. Zudem ist eine eigene Facebook-Präsenz in Planung. Inzwischen gehen wöchentlich etwa zehn E-Mails und ebenso viele Anrufe – vereinzelt sogar aus dem Ausland – bei der Staatsanwaltschaft Berlin ein. Haben Anfragen keinen strafrechtlichen Bezug, werden die Anfragenden an andere Partner innerhalb der Community weitergeleitet.

Die Staatsanwaltschaft Berlin wirkt drittens an einer Vernetzung innerhalb der Community durch Öffentlichkeitsarbeit und die Teilnahme an Veranstaltungen mit. So arbeitet die Behörde eng mit den polizeilichen Ansprechpartnern/-innen und dem Verein lesbischer und schwuler Polizeibeamter (VelsPol) Berlin-Brandenburg zusammen. Sie bietet gemeinsam mit dem Lesben- und Schwulenverband Deutschland (LSVD) und dem schwulen Antigewaltprojekt Maneo regelmäßige Beratungsgespräche zu unterschiedlichsten Themen an. In anderen Vereinen stellt sie sich vor und will zu einem Abbau von Ressentiments beitragen.

Europaweit ist die Staatsanwaltschaft Berlin damit derzeit die einzige Staatsanwaltschaft, die besonderen Bedürfnissen der queeren Community Rechnung trägt und diese Aufgabe mit hoher Sensibilität und geschärfter Aufmerksamkeit wahrnimmt. Dafür wurde die Staatsanwaltschaft Berlin im Jahr 2013 von der zum Europarat gehörenden European Commission Against Racism And Intolerance positiv gewürdigt.

An einer Kooperation oder einem Austausch von Erfahrungen sind wir jederzeit interessiert.

Ines Karl und Markus Oswald

Ausufernde Gewalt gegen öffentlich Bedienstete

Die Innenstadt wird tyrannisiert und terrorisiert

Schon im Jahre 2009 beklagte der damalige Berliner Innensenator Ehrhard Körting den hohen Sachschaden, den Linksextremisten in Berlin anrichten, ganz zu schweigen von ihrer Bereitschaft zu schweren Körperverletzungen. Der Berliner Verfassungsschutz hatte damals circa 835 Gewalttaten in den Jahren 2003 bis 2008 herausgefiltert, die auf das Konto radikaler Linker gingen. Bis heute hat sich die Szene zwar nicht verdoppelt, aber sie ist radikaler geworden und noch gewaltbereiter.



Tom Schreiber, MdA

Unter dem Vorwand, ihre Straftaten für „soziale Gerechtigkeit“ und „Antifaschismus“ zu begehen, agieren die Täter teilweise wie Terroristen. So wurden schon im Jahr 2009 Molotowcocktails bei den Anschlägen auf das Bundeskriminalamt verwendet und bei Krawallen am 1. Mai 479 Polizistinnen und Polizisten verletzt. In Anlehnung an ein Zitat des früheren SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher bezeichnete Körting die Täter im Innenausschuss zutreffend als „rotlackierte Faschisten“.

Schreckensbilanz der Gewalt

Im Mai 2010 wurden in einer einzigen Nacht 17 Fahrzeuge bei einer Autovermietung in Neukölln in Brand gesetzt. Die Berliner Polizei antwortete mit verstärkter Präsenz und prompt sprach die linksautonome Szene vom „Polizeistaat“.

Im Jahr 2011 kündigten die Linksradikalen eine „Antitourismus-Kampagne“ an, bei der unter anderem Geldbörsen und Handys geklaut, Autos angezündet, Hotels beschädigt, und Touribusse beworfen werden sollten. Anschlagziel war wiederholt die Berliner

S-Bahn. Von Angriffen mit Brandsätzen betroffen waren insbesondere die Ringbahn und das Ostkreuz.

Bei der Räumung der Liebigstraße 14 im Februar 2011 mussten wegen massiver Ausschreitungen durch die linksautonome Szene über 2.500 Polizisten eingesetzt werden. Im April folgten ein Brandanschlag gegen den Polizeiabschnitt (A51) in Friedrichshain und ein weiterer Angriff auf das Ostkreuz, der den Schienenverkehr massiv behindert und ein wichtiges Telefonkabel zerstört hat. Später wurden ein Brandbeschleuniger und ein Bekenner schreiben entdeckt. Der Absender: die linksautonome Szene.

Anzahl gewaltbereiter Linksextremisten steigt

Der keineswegs vollständige Rückblick spricht für sich. Leider hat sich bis heute nicht viel verändert. Laut Berliner Verfassungsschutzbericht 2013 stieg die Anzahl der „gewaltbereiten Linksextremisten“ auf circa 2.520 (2012: 2.410) und die der Fälle von Gewalt gegen die Polizei auf 175 (2012: 152) an. Auch an den Versuchen der linksautonomen Szene, ihre Gewalttaten mit gesellschaftspolitischen Anliegen zu verbrämen, hat sich nichts geändert.

In der Nacht vom 5. auf den 6. Juli dieses Jahres habe ich die Berliner Bereitschaftspolizei begleitet und bin selbst Zeuge zweier Anschläge auf Streifenwagen in der Adalbertstraße und in der Möckernstraße geworden. Auch die verbalen Attacken auf die Polizei bei der Räumung der Cuvry-Brache habe ich miterlebt und war von der klugen und gelassenen Reaktion des Zugführers beeindruckt. Man kennt den Ton der Szene eben mittlerweile.

Brandanschläge auf Fahrzeuge und Gebäude

Der Engeldamm wurde in diesem Jahr schon fünfmal Ziel von Anschlägen. Zuletzt trafen Steine auch ein

Fenster, hinter dem das Zimmer eines Kleinkindes lag. Die betroffene Familie kann und will sich dieser Gefahr nicht mehr aussetzen und wird Berlin verlassen. Weitere Brandanschläge auf die Ringbahn, auf Gebäude, Lastwagen und Reisebusse haben einen Schaden von über 250.000 Euro verursacht. Die Busse transportieren übrigens Schüler aus einem anderen Bundesland nach Berlin.

Die linksextremistische Szene Berlin terrorisiert und tyrannisiert mittlerweile die Innenstadt. Zu Recht schrieb die Berliner Zeitung in einem offenen Brief über „linksextremistische Kiez-Talibane“. Seit dem Sommer bin ich in Kontakt mit Opfern linksextremistischer Anschläge. Außerdem bin ich vor Ort, wenn in der Stadt versucht wird, Menschen zu verdrängen beziehungsweise ihre Existenzen zu zerstören –

Menschen, die als Angestellte, Selbstständige, Künstler und Beamte ihren Lebensmittelpunkt in Berlin gefunden haben oder schon immer hatten.

Ich kämpfe gegen Diskriminierung und Extremismus in seiner ganzen Vielfalt. Meine Forderung nach mehr Polizeipräsenz vor Ort – zivil und uniformiert – und nach einem Sicherheitskonzept findet endlich Gehör, auch wenn ich dazu erst öffentlichen Druck erzeugen musste. Fest steht: Es kann nicht sein, dass extremistische Gruppen bestimmen wollen, wer wo leben darf und wo nicht. Hier darf es keine falsche Solidarität geben. Politik besteht zwar aus Kompromissen, nicht aber, wenn extremistische Gewalt im Spiel ist.

*Tom Schreiber, MdB
(Sprecher für Verfassungsschutz SPD-Fraktion)*

Videowettbewerb der Landeskommision gegen Gewalt

Respekt? Ja, bitte!

Die starke Zunahme von Gewalt gegenüber Einsatzkräften der Polizei, Feuerwehr und Ordnungsämtern hat die Landeskommision Berlin gegen Gewalt veranlasst, einen Videowettbewerb für Berliner Schüler und Studenten auszuschreiben. Ein „Stoppzeichen“ soll damit gegen alltägliche Vorkommnisse wie Beleidigungen, Pöbeleien, Körperverletzungen und Widerstandsdelikte gegenüber diesen Einsatzkräften gesetzt werden. Konkret soll die Botschaft lauten: In Berlin ist es ein absolutes „No go“, Personen anzugreifen, die von Berufs wegen täglich ihren Kopf für die Sicherheit der gesamten Bevölkerung hinhalten!

Erwartet werden von den Teilnehmern am Wettbewerb „Respekt? Ja bitte!“ kurze Videoclips, die einen klar erkennbaren Appell für einen respektvollen, toleranten und gewaltfreien Umgang mit Polizeibediensteten, Feuerwehrleuten und Mitarbeitern/-innen des Ordnungsamtes beinhalten. Anlass für die Aktion sind alarmierende Zahlen: So wurden im Jahr 2012 bundesweit 32.742 Gewaltdelikte inklusive Widerstands- und Versuchsdelikten registriert, denen nicht weniger als 60.294 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte zum Opfer fielen. Das ist ein Anstieg der Fälle von 5,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Zahl der Opfer stieg sogar um 9,9 Prozent. In den Stadtstaaten ist die Häufigkeitszahl (= erfasste Fälle pro 100.000 Einwohner) des Widerstands gegen Polizeivollzugsbedienstete am höchsten. Berlin nimmt mit 62 den traurigen Rekord ein, gefolgt von Bremen mit 57 und Hamburg mit 53.

Beschämende Zahlen

Die beschämende Statistik belegt eindeutig, dass Polizeibediensteten, Feuerwehrleuten und Mitar-



beiterinnen und Mitarbeitern der Ordnungsämter in Einsatzsituationen immer weniger Respekt entgegengebracht wird, auch aus der Mitte der Gesellschaft heraus. Dieser verhängnisvollen Tendenz muss klar entgegengetreten werden, nicht nur weil Recht und Gesetz verletzt werden, sondern weil hinter jeder Einsatzkraft, die eine staatliche Maßnahme durchführt, nicht nur eine Vertreterin oder ein Vertreter staatlicher Gewalt steckt, sondern auch ein Mensch, dem der gleiche Respekt und die gleiche Achtung gebührt wie jedem anderen Bürger unseres Landes.

Kampagne setzt Wertedialog fort

Ein Beitrag dazu ist die Kampagne „Respekt? Ja, bitte!“, die Berlins Innensenator Frank Henkel ins Leben gerufen hat. Als spezielle Präventionsmaßnahme für mehr Respekt gegenüber den staatlichen Einsatzkräften fügt sie sich nahtlos in den bereits seit 2013 geführten Wertedialog zum Thema „Gewalt hat keinen Wert. Du schon.“ ein. Die Kampagne beinhaltet neben dem Videowettbewerb auch Diskussionsrunden und Dialogveranstaltungen mit Innensenator Henkel. Außerdem wird der Innensenator verschiedene Dienststellen von Polizei, Feuerwehr und Ordnungsämtern besuchen. Am 12. November wird eine solche Dialogveranstaltung erstmals auch die Situation von Lehrerinnen und Lehrern an Schulen miteinbeziehen.

Senatsverwaltung für Justiz beteuert:

Kein „Einstieg“ in die Privatisierung des Justizwachtmeisterdienstes

Der vom Präsidenten des Amtsgerichts Tiergarten erwogene Einsatz privater Dienstleister bei der Eingangskontrolle bezweckt keinen „Einstieg“ in die Privatisierung des Justizwachtmeisterdienstes, sondern sei einer einmaligen und in ihrer Dimension unerwarteten Häufung sicherheitsrelevanter Strafverfahren ab November 2014 im Kriminalgericht Moabit geschuldet. Das hat die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz am 6. November auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Klaus Lederer (Die Linke) beteuert. Eine abschließende Entscheidung über den Vorschlag sei noch nicht gefällt worden.

Nach einer ersten Einschätzung der Senatsverwaltung werden in den nächsten zwei Jahren zu den Hauptverhandlungsterminen der Prozesse jeweils dienstags und donnerstags insgesamt 194 sicherheitsdiensttaugliche Beschäftigte beim ZDS (Zentrale Dienste Sicherheit) benötigt. Am 3. November 2014 seien jedoch nur 184 einsatzbereit gewesen. Gegenwärtig werde deshalb geprüft, ob für zwei Tage in der Woche sicherheitsdiensttaugliches Personal aus anderen Gerichten oder aus den Strafverfolgungsbehörden beim ZDS eingesetzt werden kann, ohne dass deren Sicherheitsbelange dadurch beeinträchtigt werden.

Personalvertretungen eingeschaltet

Der Sachverhalt werde darüber hinaus mit den zuständigen Personalvertretungsorganen ausführlich beraten und Gegenstand eines personalvertretungsrechtlich gebotenen Beteiligungsverfahrens werden.

Schließlich werde geprüft, ob und inwieweit Polizeikräfte über das ohnehin zugesagte Maß hinaus auch bei der Zugangskontrolle Unterstützung gewähren können.

dbb Warnungen zeigten Wirkung

Zu der Anfrage im Abgeordnetenhaus war es gekommen, nachdem dbb berlin und DJG Berlin Alarm geschlagen hatten, weil bereits ab 17. Oktober elf Mitarbeiter der Privatfirma WISAG zwei Tage in der Woche bei den Eingangskontrollen im Amtsgericht Tiergarten unterstützend tätig werden sollten. Weniger kostenintensive vorhandene Möglichkeiten waren zuvor nicht geprüft worden. Überraschend kam das Vorgehen im Amtsgericht Tiergarten auch für die Abgeordneten des Berliner Abgeordnetenhauses. Aufgrund der Warnungen von dbb berlin und DJG Berlin sprach sich der Hauptausschuss umgehend und einmütig gegen eine Privatisierung durch die Hintertür aus und verlangte bis 26. November einen

Bericht über die Vorgänge beim Amtsgericht Tiergarten (siehe auch hauptstadt magazin 11/2014).

Noch keine Entwarnung

Dass die Befürchtungen des dbb berlin und seiner Fachgewerkschaften in Sachen schleichender Privatisierung keineswegs aus der Luft gegriffen sind, unterstreicht die Antwort der Senatsverwaltung auf die weitere Frage des Abgeordneten Lederer nach künftigen Ausgliederungen einzelner Sicherungsaufgaben (zum Beispiel Pfortendienste in den JVA) an private Sicherheitsdienste. Hier schließt der Senat nämlich bei Fortbestehen der Einsparvorgaben Privatisierungen durchaus nicht aus. Wörtlich heißt es in seiner Antwort:

„Aktuell wird die Privatisierung der Pforten aufgrund der politischen Diskussionen und der vonseiten der Beschäftigtenvertretungen geäußerten Bedenken nicht weiter verfolgt. Verbleibt es bei einer Einsparvorgabe von 205 VZÄ, kann auf Dauer aber nicht ausgeschlossen werden, dass entsprechende Betrachtungen wieder aufgenommen werden müssen.“

Und das, obwohl die Senatsverwaltung in ihren weiteren Ausführungen freimütig einräumt, dass Erfahrungen in anderen Bundesländern „einer tieferen Betrachtung noch nicht unterzogen“ worden sind.

dbb Landesvorsitzender Frank Becker: „Für den dbb berlin und seine Fachgewerkschaften gibt es keine Entwarnung. Die Frage, was denn jetzt konkret im Amtsgericht Tiergarten passiert, ist nach wie vor offen. Auch Privatisierungen durch die Hintertür im Strafvollzug sind offenbar weiterhin nicht vom Tisch, obwohl sich die Regierungsfaktionen SPD und CDU klar für keine weiteren Personalverminderungen im Justizvollzug und den Ersatz altersbedingter Abgänge ausgesprochen haben. Höchste Wachsamkeit ist angesagt.“ Der BSBD Berlin wertet das Festhalten

der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz an Privatisierungsüberlegungen als Kapitulation vor den Personalproblemen in den Justizvollzugsanstalten.

Die Argumentation mit Personaleinsparungen lenke von den im Justizvollzug bevorstehenden dramatischen altersbedingten Personalabgängen ab.

Der BSBD erwarte vom Justizsenator ein Personal-konzept, dass den ständig steigenden Aufgaben des Justizvollzuges der nächsten Jahre Rechnung trägt. „Eine Privatisierung von hoheitlichen Aufgaben wie den Pfortenbereichen der Justizvollzugsanstalten oder den Arbeitsbetrieben lehnt der BSBD nachdrücklich ab“, so Thomas Goiny, Landesvorsitzender des BSBD Berlin. ■

Innensenator macht Gewalt gegen Staatsbedienstete zum Thema

Henkel: Datenlage uneinheitlich

In einer Fortsetzung des Wertedialogs von Innensenator Frank Henkel und der Landeskommission Berlin gegen Gewalt waren am 12. November 2014 unter dem Motto „Respekt? Ja, bitte!“ Fachleute geladen. Unter anderem waren Berlins Polizeivizepräsidentin Koppers und Berlins Opferbeauftragter Weber sowie der stellvertretende Vorsitzende des dbb berlin, Pfalzgraf, geladen.

Damit Widerstandstaten, Körperverletzung, Pöbeleien, Beleidigungen und Bedrohungen nicht weiter zum Alltag gehören, machte Henkel in seinem Eingangsstatement deutlich, dass für ihn die Sicherheit am Arbeitsplatz der Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes oberste Priorität genießt. Dabei machte er sehr deutlich, dass es zum Thema außerhalb der Polizei keine ausreichende Datenlage gebe. Diese sei jedoch für die Bekämpfung unerlässlich. Gemeinsam mit der Landeskommission Berlin gegen Gewalt trat Henkel, der im Verlauf durch seinen Staatssekretär Krömer vertreten wurde, in einen Dialog mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis. Die Kommissionsmitglieder tauschten sich unter Moderation des Journalisten Eberhard Seidel mit Vertreterinnen und Vertretern von Polizei, Feuerwehr, Ordnungsämtern und Schulen zu folgenden Leitfragen aus:

- > Mit welchen Strategien begegnen die betroffenen Berufsgruppen der gegen sie gerichteten Gewalt und Respektlosigkeit?
- > Werden die persönlichen Gewalterfahrungen der einzelnen Mitarbeiter/-innen der vertretenen Institutionen ernst genommen?
- > Reichen die Unterstützungsangebote zum Thema Gewalterfahrungen und deren Bewältigung oder sollten diese ausgeweitet werden?
- > Welche gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen können eine mögliche Ursache für die Zunahme von Gewalt gegen Staatsbedienstete sein und wie kann diesen entgegengewirkt werden?



- > Wie kann das Bild der Polizei, der Feuerwehr, der Mitarbeiter/-innen der Ordnungsämter und von Lehrkräften in der Öffentlichkeit verbessert werden?

Berlins Opferbeauftragter Roland Weber forderte eine klare Kante gegen jede Gewalttat und mahnte zügige Verfahren an. Diese, so Weber, seien wichtiger als überharte Strafen. Bodo Pfalzgraf mahnte eine eindeutige Ächtung jeder Gewalt im gesamten öffentlichen Dienst an und forderte Frank Henkel auf, die Angelegenheit zur Chefsache zu machen. Außerdem, so Pfalzgraf weiter, sei eine einheitliche Definition des Gewaltbegriffes für das Land Berlin mit einheitlichen Datenerhebungen und Maßnahmen erforderlich.

Den Anfang soll nach Ansicht des dbb berlin ein Notfallordner in jeder Dienststelle machen.

Insgesamt eine fachlich hochkarätige Veranstaltung, bei der die vielen Facetten von Gewaltvorfällen deutlich wurden. Der dbb berlin wird mit seinen Fachgewerkschaften die Rolle als Meinungsführer weiter wahrnehmen. ■

Vorankündigung

DJG-Infoveranstaltung zur Beihilfe

Die DJG Berlin lädt im Februar nächsten Jahres zu einer Informationsveranstaltung „Beihilfe“ ein. Als Referentin konnte Petra Woosmann, die seit 2006 in der Beihilfestelle arbeitet und sich auch schon als Buchautorin des Beihilfe-ABC Berlin einen Namen gemacht hat, gewonnen werden.

„Wir haben festgestellt, dass es in Sachen Beihilfe unendliche Fragestellungen gibt, die angesprochen werden müssen. Unsere Kollegin Petra Woosmann wird sich bemühen, alle Unklarheiten zu beseitigen.“

Die Infoveranstaltung wird am

18. Februar 2015

ab 14 Uhr

**in den Räumen des Verwaltungsgerichts Berlin, Plenarsaal,
Kirchstraße 7, 10557 Berlin**

stattfinden.

Die DJG Berlin bittet, den Termin hierfür bereits jetzt zu notieren.

Anmeldungen werden bis 1. Februar 2015 per E-Mail:

djg.berlin@freenet.de erbeten.

Für Nichtmitglieder wird ein Unkostenbeitrag von 10 Euro erhoben. Für Mitglieder ist der Eintritt kostenlos.

Allianz Pflegekammer Berlin

gkl berlin wirbt mit eigener Infoveranstaltung

Der Fachbereich Gesundheit der gkl berlin arbeitet aktiv in der Allianz Pflegekammer Berlin mit, die derzeit bei den Angehörigen der Pflegeberufe in Berlin für die Einrichtung einer Pflegekammer wirbt. Die Kammer soll die berufsständischen Interessen der Pflege bündeln, eine rechtsgültige Berufsordnung erlassen, die Aufgaben der Pflegefachpersonen verbindlich regeln und damit Orientierung und Sicherheit geben.

Von dem Ergebnis einer Befragung beim Berliner Pflegepersonal wird es abhängen, ob eine Pflegekammer künftig eine professionelle Pflege mit klar definierten beruflichen Inhalten und Anpassungen, aber auch notwendige Adaptionen an den medizinischen und pflegerischen Fortschritt sicherstellt.

Mit großem Engagement informiert die Allianz Pflegekammer Berlin, der für die gkl berlin der stellvertretende Landesvorsitzende Andreas Brauer angehört, die Betroffenen über die Konsequenzen der bereits angelaufenen Befragung. Begleitend führt die Alice Salomon Hochschule eine Studie zur Akzeptanz einer Pflegekammer im Land Berlin durch. ([http://www.ash-berlin.eu/forschung/forschungsprojekte/kammer-studie/?sword_list\[\]=Pflegekammer](http://www.ash-berlin.eu/forschung/forschungsprojekte/kammer-studie/?sword_list[]=Pflegekammer)).

Bei den von der Allianz Pflegekammer Berlin koordinierten Informationsveranstaltungen werden unter anderem der Senator für Gesundheit und Soziales, Mario Czaja, Staatssekretär Gerstle und die Projektleiterin der Studie, Prof. Ingrid Kollak, mitwirken. Der Fachbereich Gesundheit der gkl berlin hat bereits gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für Fachkrankenpflege und Funktionsdienste e. V. eine eigene Informationsveranstaltung am Campus Virchow-Klinikum der Charité durchgeführt.

Weitere Informationen zur Allianz unter <http://www.allianz-pflegekammer.berlin>. ■



Das Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten

Spagat zwischen ordnungsbehördlichem Auftrag und Serviceanspruch

Das Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten – kurz das oder auch irrtümlich die LABO – ist Berlinerinnen und Berlinern insbesondere als Anlaufstelle für die Kraftfahrzeugzulassung und als Führerscheibüro bekannt. Weniger wahrgenommen wird, dass die nachgeordnete Behörde der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, die ab und zu mit den Bürger- und Ordnungsämtern der Bezirke verwechselt wird, darüber hinaus auch auf den Gebieten der Wiedergutmachung, des Personenstands- und Einwohnerwesens und des Ausländerwesens tätig ist. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der LABO versuchen trotz Personalmangel und wachsenden Aufgaben den eigenen Serviceanspruch in ihren vielfältigen Aufgabengebieten so weit wie eben möglich aufrechtzuerhalten.



Claudia Langheine

Die Entschädigungsbehörde ist die bei Weitem kleinste Abteilung des LABO, deshalb aber nicht weniger wichtig. Ihre derzeit etwa 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstützen Verfolgte des Nationalsozialismus, die Renten und für gesundheitliche Schäden

aufgrund nationalsozialistischer Unrechtsmaßnahmen außerdem Krankenversorgungsleistungen beziehen. Mit den inzwischen sehr betagten und über die ganze Welt verstreuten Rentenempfängerinnen und Rentenempfängern verbindet die Beschäftigten der Behörde, die die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung so individuell und gut wie möglich betreuen, mittlerweile oft eine jahrzehntelange gewachsene vertrauensvolle Beziehung.

Mit dem Rückgang der Zahl der betreuten Personen wird natürlich auch die Anzahl der Beschäftigten reduziert, bis – in etwa zehn Jahren – die Aufgabe der Entschädigungsbehörde endgültig beendet sein wird.

Überlastetes Standesamt I

Dagegen wächst beim Standesamt I, das zur Abteilung Personenstands- und Einwohnerwesen des LABO gehört und das vor allem für dauerhaft im Ausland lebende deutsche Staatsangehörige ohne inländischen Wohnsitz zuständig ist, die Arbeit ständig. Stark angestiegene und immer noch wachsende Antragszahlen auf Beurkundungen von Geburten und Eheschließungen haben dort leider mittlerweile zu unbefriedigenden Bearbeitungszeiten und berech-

tigten Beschwerden geführt. Personalverstärkung wäre dringend notwendig, denn das Standesamt I in Berlin verwaltet zusätzlich noch die Register- und Urkundensammlung für die ehemaligen deutschen Gebiete und ist in Erbschaftsangelegenheiten und bei der Ahnenforschung ein sehr gefragter Ansprechpartner. Auch hier sind die Bearbeitungszeiten infolge Personalknappheit weit entfernt vom eigenen Serviceanspruch des LABO.

Zentrale Aufgaben im Melde- und Passwesen

Im Bereich Einwohnerwesen nimmt die Landesbehörde zum einen zentrale Aufgaben in Melde-, Pass- und Ausweisangelegenheiten wahr, wie etwa Entscheidungen über Auskunftssperren oder die Entziehung von Pässen bei Gefahr einer Teilnahme an terroristischen Aktivitäten im Ausland. Darüber hinaus führt die Abteilung des LABO das Melde-, Pass- und Personalausweisregister. Die Fachverfahren für die Bereiche Einwohner- und Personenstandswesen und in Teilen auch für die Ordnungsämter werden hier landesweit zur Verfügung gestellt. Die steigende Komplexität dieser IT-Verfahren, ihre häufigen Anpassungen und die Heterogenität in der Berliner Verwaltung stellen in diesem Zusammenhang eine große Herausforderung dar. Die Ordnungsämter und die Bereiche Bürgerdienste in den Bezirken werden zusätzlich durch die Organisation von Schulungen etc. unterstützt. Schließlich ist auch die Überwachung von Sportwetten und Lotto- und Toto-Annahmestellen Aufgabe der Behörde.

KFZ-Zulassungsstelle mit kürzeren Wartezeiten

Eine bekannte Abteilung des LABO ist die Kraftfahrzeugzulassungsbehörde mit ihren beiden Standorten



in Lichtenberg und in Kreuzberg. Dort ist es gelungen, die Wartezeiten durch die Einführung der Online-terminvereinbarung erheblich zu reduzieren. Die Bedienung ist inzwischen sowohl für Kundinnen und Kunden als auch für die Beschäftigten wesentlich entspannter als vorher. Allerdings kann die Zielsetzung eines Terminangebots innerhalb von drei Arbeitstagen immer noch nicht durchgängig erfüllt werden. Ursächlich dafür sind insbesondere Probleme, freie Stellen neu zu besetzen. Der heftige Wettbewerb um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter innerhalb der Berliner Verwaltung macht sich hier deutlich bemerkbar. Das Amt betritt deshalb jetzt mit Außen-einstellungen Neuland. Auf diese Weise soll die zu geringe Zahl an Auszubildenden und Binnenbewer-bungen ausgeglichen werden.

Fahrerlaubnisbehörde im Dienste der Sicherheit auf den Straßen

Für mehr Sicherheit auf den Straßen sorgt die Fahrerlaubnisbehörde des LABO. Sie ist es, die Alkohol- oder Rauschgiftsündern am Steuer die gefürchtete MPU (Medizinisch-Psychologische Untersuchung) auferlegt. Und sie ist es auch, die die Konzessionen und das Gewerbe der über 7.400 Berliner Taxen überprüft. Die bisher wegen knapper personeller Ressourcen nur punktuelle Überprüfung soll verstetigt werden, das heißt, mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen zur Erhebung und Auswertung der kaufmännischen Unterlagen eingesetzt werden.

Nicht so bekannt und auch nicht verwaltungstypisch sind zwei weitere Aufgaben der Fahrerlaubnisbehörde, nämlich die Kontrolle von Gefahrguttransporten und die Überprüfung von Fahrschulen.

Ausländerbehörde völlig überlastet

Völlig überlastet sind die Beschäftigten der Ausländerbehörde, die über Aufenthaltsrechte in Deutschland entscheidet und erforderlichenfalls auch eine Ausreisepflicht durchsetzen muss. Negative aufenthaltsrechtliche Entscheidungen werden allerdings nur in 1,5 Prozent der Fälle getroffen. Stark zu schaffen machen der Behörde durch EU-Recht bedingte zu-

sätzliche Arbeiten und steigende Zugangszahlen. Die persönliche wie auch die schriftliche Bearbeitung der Kundenanliegen kann deshalb auch beim allerbesten Willen und trotz Nichterledigung nachrangiger Aufgaben und ständig überprüfter Priorisierungen nicht dem eigenen Serviceanspruch genügen. Mithilfe verfeinerter Onlineterminvereinbarungen und Vernetzungen mit anderen Dienststellen und externen Partnern soll die Kundenorientierung weiter verbessert werden.

Denn auch, wenn die aktuellen Rahmenbedingungen – mehr Aufgaben bei weniger Personal und weniger Geldmitteln – den eigenen Anspruch des LABO, einen kundenorientierten, kompetenten und flexiblen Service zu bieten, immer weniger realisierbar machen, stehen die Beschäftigten hinter diesem Leitbild und sind nach wie vor bestrebt, ihrem eigenen Anspruch gerecht zu werden.

Nachwuchsgewinnung hat Priorität

Insgesamt zählt die Landesbehörde gegenwärtig circa 980 Beschäftigte an acht Standorten in Berlin. Angesichts des Durchschnittsalters der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von 48 Jahren und der Tatsache, dass ab 2018 viele Abgänge aus Altersgründen zu verkraften sein werden, hat Nachwuchsgewinnung und -förderung höchste Priorität. In Aus- und Fortbildung wird in besonderem Maße investiert. Auch von besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zum Beispiel durch verschiedene Teilzeitmodelle und alternierendes Arbeiten, verspricht sich das LABO mehr Attraktivität für Berufseinsteiger, auch wenn die Flexibilisierung der Arbeitszeit und des -ortes in den Publikumsbereichen an Grenzen stößt.

Claudia Langeheine

Bundesweit für Sie da:
Mit Direktbank und
wachsendem Filialnetz.



Für uns: das kostenfreie Bezügekonto¹⁾

¹⁾ Voraussetzung: Bezügekonto; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied

Banken gibt es viele. Aber die BBBank ist die einzige bundesweit tätige genossenschaftliche Privatkundenbank, die Beamten und Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes einzigartige Angebote macht. Zum Beispiel das Bezügekonto mit kostenfreier Kontoführung.¹⁾

Vorteil für dbb-Mitglieder:

- 30,- Euro Startguthaben über das dbb vorsorgewerk

Informieren Sie sich jetzt über die **vielen speziellen Vorteile** Ihres neuen Kontos für Beschäftigte im öffentlichen Dienst:

Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei) oder www.bezuegekonto.de



BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin. **Telefon:** 030.3279520. **Telefax:** 030.32795220. **E-Mail:** post@dbb-berlin.de. Einzelmitglieder des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Media-center, Dechenstr. 15a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Anzeigentarif** Nr. 11, gültig ab 1. 10. 2013. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Fotos:** dbb berlin, Titelbild: Fernsehturm Berlin. Copyright: Matthias Hennig. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

Informationen aus erster Hand:

Jetzt dbb berlin-Newsletter abonnieren!

Aktuelle und sachkundige Mitgliederinformation wird beim dbb berlin groß geschrieben. Die Homepage www.dbb.berlin überzeugt mit einem breit gefächerten Informationsangebot und in der Mitgliederzeitung „hauptstadt magazin“ erfährt der Leser zehnmal im Jahr alles Wissenswerte rund um den öffentlichen Dienst in Berlin. Für alle, die ganz sicher keine Neuigkeit verpassen wollen, wird außerdem der dbb berlin-Newsletter angeboten.

Wenn auch Sie regelmäßig mit Informationen aus erster Hand versorgt werden wollen, melden Sie sich noch heute an: Einfach auf www.dbb.berlin rechts unterhalb des Banners „Newsletter“ anklicken oder direkt web-Adresse http://www.dbb.berlin/newsletter/formular_newsletter.htm aufrufen und Kontaktdaten eingeben. Sie erhalten umgehend eine Anmeldebestätigung und beziehen ab dem nächsten Versand regelmäßig den dbb berlin-Newsletter.

Weitere interessante Newsletter beziehungsweise Internetadressen, bei denen Sie sich in Mailing-/Newsletterlisten eintragen können, sind:

Newsletter dbb:

<http://www.dbb.de/presse/newsletter.html>

Newsletter dbb akademie:

<http://www.dbbakademie.de/dbb-akademie/service/newsletter.html>

Newsletter dbb vorsorgewerk:

<http://www.dbb-vorsorgewerk.de/service/newsletter/>

Newsletter dbb verlag:

<http://www.dbbverlag.de/> ■

Praxistipp: Straßenverkehr

Führerscheintourismus erst 2033 beendet

Führerscheine, die nach dem 19. Januar 2013 ausgestellt wurden, sind nur 15 Jahre gültig. Alle Dokumente, die davor ausgestellt wurden, müssen bis spätestens 19. Januar 2033 umgetauscht werden.

Eine Pflicht zum frühzeitigen Umtausch besteht nur, wenn die alten Dokumente unleserlich geworden sind.

Eigentlich steckt dahinter die Absicht der EU, zukünftig Führerscheine europaweit zu erfassen, um Führerscheintourismus zu verhindern. Allein in Deutschland gibt es um die 100 Arten von gültigen Führerscheinen, was die Kontrolle durch die Polizei schwierig gestaltet. Ist die „Pappe“ abgelaufen, muss sie dann mit einem aktuellen Foto neu beantragt werden.

Der im Jahr 2028 geltende Preis dafür steht noch nicht fest. Nachprüfungen oder Gesundheitstests sind bislang nicht vorgesehen.